Tagesblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Abonnementspreis vierteljährlich 2M. 2.50, durch die Post M. 2.75. — Annahme von Ankündigungen Marienstr. 38 v. 8–3, Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt: Gr. Klostergasse 5, nur an Wochentagen bis 5 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Dresden oder nach Sachsen 20 Pfg. Unterm Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Vorderseite Zeile 30 Pfg. Eine Gewähr für die nächsttägige Aufnahme der Anzeigen wird nicht gegeben. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Vorausbezahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme.

Für Rücksendung eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.

Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaus an.

Fernsprechstelle Nr. 11.

# Dresdner Nachrichten

35. Jahrgang.
Aufl. 48,500 Stück.

Dresden. 1890.

Meyer's Joppen, Jackets, Westen, Schlafröcke.
Dresdner Schlafrock-Fabrik von S. Meyer jun., Frauenstr. 4 u. 5.

Trink's Fahrräder
als bestes Fabrikat anerkannt.
Fabrik: Annenstraße 23/25 (Annenhof).

W. Höffert,
Kgl. Sächs. u. Kgl. Preuss. Hofphotograph,
Dresden, Kaufhaus, Seestrasse No. 10.
Berlin, Leipzigerplatz 12.

No. 60 Cigarre,
rühmlichst bekannte Marke,
à 6 Pfg., 100 St. 5 Mk. 70 Pfg.
bei H. v. Wehren, Seestrasse 6.

Hutfabrik C. F. Lehmann
König-Johannstr. und Scheffelstr. 26
empfiehlt
Frühjahrs-Neuheiten
aller Arten Hüte.

Prof. Dr. Jäger's Kameelhaar-Decken.
Grösse 150/205 Mk. 17.50, 20.00, 22.00, 24.00, 27.00,
Grösse 160/225 Mk. 30.00 und 32.00.
Der Stempel erhöht den Preis nicht, sondern leistet nur Garantie für Echtheit der Waare.
Jean Schieme Nachf.,
Schloss-Strasse 26.

**Nr. 121. Spiegel:** Zur Arbeitsverweigerung am 1. Mai. Fernsprechberichte. Erleichterung der Schullasten. Jahresberichte der Gewerbe-Inspektoren. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. Residenztheater. Kunstverein. | **Donnerstag, 1. Mai.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Mit Spannung, nicht ganz frei von Sorge, aber furchtlos und im Gefühle ruhiger Sicherheit erwartet man den Verlauf des heutigen 1. Mai. Pflicht einer jeden Zeitung, die für sozialen Frieden, Gesetz und Ordnung eintritt, ist es, noch in der letzten Stunde die Stimme zu erheben, um, was an ihm beizutragen, daß dieser 1. Mai ohne schwere Folgen vorübergeht. Unter allen Umständen steht die Thatsache fest, daß die überwiegende Mehrheit der deutschen Arbeiter, wenn sie ihrer freien Ueberzeugung folgen können, von einer Arbeitsverweigerung am 1. Mai Nichts wissen will. Dafür liegt aus Chemnitz eine unwiderlegliche Stichprobe vor. Dort hat die sozialdemokratische Partei in den Gießereien Fragebogen kreisen lassen, wie viele der Arbeiter feiern wollen und siehe da! es ist noch nicht ein Drittel. Und wer weiß, wie viele von diesen auch nur nothgedrungen eine solche Erklärung abgaben. In Chemnitz aber hat die Sozialdemokratie einen starken Anhang; in Chemnitz ist Herr Schippel zum Abgeordneten gewählt, der am allerentschiedensten für die Arbeitseinstellung eingetreten war. Daß gleichwohl in zahlreichen Ortschaften, dem Gesetz und Arbeitsvertrag zum Trotz, die Arbeit eingestellt werden wird, ist unzweifelhaft, ebenso, daß es daraufhin zur Entlassung solcher eigenmächtiger Arbeiter kommen wird. Die Arbeitgeber können sich unmöglich das eigenmächtige Diktiren eines Feiertages gefallen lassen. Das entspricht nicht der Gleichberechtigung, sondern ist umgekehrt der Versuch, die Arbeiter zu Herren des Arbeitsverhältnisses zu machen. Gleichzeitig liegt in dem Unterfangen der sozialdemokratischen Arbeiter, einen Fabrikbetrieb zum Stillstand zu bringen, eine grobe Rücksichtslosigkeit gegen diejenigen Arbeiter vor, welche gern ruhig weiter arbeiten wollen; es ist eine Vergewaltigung eines Theiles der Arbeitsgenossen durch den anderen. Der heutige Tag mag verlaufen, wie er wolle, er wird denjenigen Arbeitern zu Gute kommen, die ihrer Pflicht ruhig nachgehen wollen, daran aber durch einen immer unerträglicheren Terrorismus gehindert werden. Der pflichtgetreue, friedfertige Arbeiter soll wissen, daß er fortan gegen Unbill genügenden Schutz findet.

Von einer Einheitlichkeit der Maifeier ist keine Rede. Gerade in den freiesten Ländern, in England, Skandinavien und der Schweiz, haben sich die Arbeiter am Entschiedensten gegen den Weltfeiertag erklärt; in Italien beschränken sie sich auf Versammlungen nach Schluß der Arbeit; die englischen Sozialdemokraten sind so vernünftig, ihre Kundgebungen auf den Sonntag zu verlegen, um nicht den Lohn eines Arbeitstages einzubüßen. In Frankreich treten die Anarchisten immer kecker und zahlreicher auf. Ursprünglich verspotteten die französischen Anarchisten die Maifeier der Sozialdemokraten als eine kindische Spielerei; sie sind bald genug dahinter gekommen, daß sie die Keime einer Revolution in sich schließt und wollen nun auf dem von der Sozialdemokratie beackerten Boden ihre Ernte halten. Die Regierung wird Mühe haben, Gewaltthätigkeiten zu verhindern. Sehr bedenklich sieht es bekanntlich in Oesterreich aus; die Führer der österreichischen Sozialdemokratie werden von Glück sagen dürfen, wenn die von ihnen arrangirten Maifeiern ohne ernste Zwischenfälle vorübergehen.

In Deutschland nehmen die Behörden und die Arbeitgeber eine durchaus korrekte Haltung ein. Ruhig, im Gefühle der Verantwortlichkeit thun die Behörden, was ihres Amtes ist, um den Landfrieden zu wahren; die obrigkeitlichen Erlasse drohen nicht, sie sprechen einzig die Erwartung aus, daß die Arbeiter ihren Sinn für Ruhe und Ordnung bethätigen werden. Man kann es auch den Führern der verschiedenen Ausflüge glauben, daß sie nur friedliche Kundgebungen beabsichtigen. In der Hand haben sie den Verlauf aber nicht. Genau so wie ein beträchtlicher Theil der sozialdemokratischen Partei gegen den Rath und die Warnung ihrer selbstgewählten Abgeordneten zur Waffe der Arbeitsverweigerung greift, so könnte es doch hier wieder so kommen, daß auch den Anordnungen der Festordner nicht allseitig von den Parteigenossen gehorcht würde. Zudem können die Herren keine Bürgschaft übernehmen, daß nicht gewisse arbeitsscheue Elemente sich am 1. Mai als Sozialdemokraten aufspielen. Aus Frankreich und Oesterreich hören wir, daß alle revolutionären Gespenster aus der Walpurgisnacht an's Tageslicht hervorkriechen, um sich auf dem Blocksberg sozialistischen Uebermuths zu versammeln. Daß in Deutschland sich etwas dergleichen vorbereite, davon ist aber bisher nicht das Mindeste bekannt geworden; wir besorgen daher auch keinerlei Störungen der äußeren Ordnung. Nur soll sich Niemand verhehlen, daß bei der erregten Stimmung ein Zufall, eine Kleinigkeit leicht ernste Folgen herbeiführen kann. Wenn man den Arbeitern täglich vorerzählt, „sie brauchten nur zu wollen, dann müsse geschehen, was sie wollen", dann wundere sich Niemand, daß auch der Einzelne von Großmachtstaumel erfüllt wird und sich von Niemandem überhaupt mehr was sagen läßt. Die Ernüchterung wird freilich auch hier nicht ausbleiben.

Wesentlich zur Beruhigung der Bevölkerung als solcher hat es beigetragen, daß die Arbeitgeber so viel Festigkeit, Entschlossenheit und Einigkeit bewiesen. Es war doch eine gar zu starke Herausforderung, die Eisenwerke, die Gasanstalten, die Druckereien, die Fabriken aller Art, die Staatsarbeitsstätten wie die gewerblichen privaten Etablissements an einem Tage zu schließen, ohne allen sachlichen Grund und blos weil es ein Pariser Kongreß beschlossen hat. Hätten die Arbeitgeber lediglich auf das Geheiß der Arbeiter hin die Arbeit einen Tag unterbrochen, so gäbe es überhaupt keine Grenze mehr für Forderungen. Auch die allerausschweifendsten müßten erfüllt werden. Die ganze Agitation für den Achtstundentag ist nur Vorwand, nur Mittel zum Zweck. Wir und alle Menschenfreunde sind der Ansicht, daß schon jetzt in manchen Betrieben eine Verkürzung der Arbeitszeit ausführbar und nicht zum geringsten für die Industrie heilsam ist. Es geht ein schöner menschenfreundlicher Zug durch die heutige Welt, das Schicksal des unbemittelten, arbeitsamen Mitbruders zu bessern, ihn wirthschaftlich zu heben, ihm größeren Antheil an den Lebensgenüssen zu gewähren. Hierzu wird eine angemessene Verkürzung der Arbeitszeit wesentlich helfen. Nimmermehr aber können Kundgebungen für ein Unding, wie dieser unterschiedslose Achtstundentag dazu führen. Er würde nur zu den unerträglichsten Lohnverkürzungen der Arbeiter, zu Arbeiterentlassungen, zum Stillstand unzähliger Betriebe führen. Das wissen auch die, welche diese Kundgebungen arrangiren. Ihr Ziel führt durch das Elend der Menschheit. Doch, das ist schon oft dargelegt worden. Weil aber gerade der Achtstundentag nur die Vorstufe für das Zukunftsreich der Sozialdemokratie sein soll, so widersetzt sich den Kundgebungen Alles, was außerhalb der Sozialdemokratie steht. Es betheiligen sich nicht an ihnen die von gesetzlichem Geiste erfüllten, die pflichttreuen und friedliebenden Arbeiter, die an Weib und Kinder denken und nicht die gewisse Gegenwart einer ungewissen Zukunft preisgeben wollen. Die Arbeitgeber aber lassen keine Zweifel, daß sie dem Muthwillen den gehörigen Ernst entgegensetzen. Von den Staatsbehörden aber darf die Bevölkerung mit Zuversicht erwarten, daß sie in den schwierigen Stunden, die ihnen bevorstehen, mit Ruhe, Takt und Festigkeit verfahren, daß sie einerseits die ihnen zustehenden gesetzlichen Vollmachten innehalten, andererseits aber dem Gesetze mit allem Nachdruck Achtung verschaffen.

## Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 30. April.

Chemnitz. Der Fabrikanten-Verein für Reichenbach, Mylau, Netzschkau und Umgebung beschloß, diejenigen Arbeiter, welche am 1. Mai von der Arbeit wegbleiben, vor dem 12. Mai nicht wieder einzustellen, auch bis zum 12 Mai neue Arbeiter nicht anzunehmen. In einer mechanischen Weberei in Netzschkau hat die Arbeiterschaft die Arbeit niedergelegt.

Berlin. An die Gendarmerie sind für morgen Repetirgewehre vertheilt worden.

Wiesbaden. Die Kaiserin von Oesterreich ist mit der Erzherzogin Valerie nach Wien zurückgekehrt. — Die Königin Isabella von Spanien trifft am 15. Juni zur Cur in Schlangenbad ein.

Frankfurt a. M. Der frühere Oberbürgermeister Mumm v. Schwartzenstein ist gestorben.

Wien. Der Präsident des Abgeordnetenhauses Smolka ist an einer Lungenentzündung schwer erkrankt.

Paris. Die Verhaftungen von Anarchisten dauern fort. Drei Anarchisten, 1 Italiener und 2 Bahnbeamte, wurden wegen Vertheilung aufreizender Plakate festgenommen. Gegen den Herzog von Luynes, welcher durch bei dem Marquis Mores gefundene Papiere stark kompromittirt ist, wurde ein Verhaftsbefehl erlassen. Kammerpräsident Floquet verfügte, daß Petitionen nur durch Deputationen von nicht mehr als 5 Personen überreicht werden dürfen. Es wird keine Deputation empfangen, welche durch Ansammlungen auf der Straße abgeschickt ist. Die Pariser Garnison wird durch 8 Cavallerieregimenter verstärkt und die Truppen über die ganze Stadt vertheilt. Die Eingänge zum Elysee und zur Kammer werden besonders geschützt.

Rom. Ein Boot der „Volta" wurde bei der Rückkehr von Aden von Küstenbewohnern angegriffen, wobei ein Offizier getödtet und ein Mann verwundet wurde.

London. Die Polizei untersagte jeden Ausflug in der Richtung vom Themsequai nach dem Hydepark. Es wird damit beabsichtigt, einen Aufzug der Arbeiter aus den Ostbezirken zu verhüten. — In Phatam soll eine Massenkundgebung stattfinden.

**Frankfurt a. M.** (Abends.) Credit 253,60. Staatsb. 184,40. Lomb. 102,60. Galizier —,—. Egypter 96,10. Ital. Rng. Gelder. 88,90. Disconto 212,20. Dresdn. Bk. 141,30. Laura —,—. Gelsenkirchen —,—. Ruhig.

**Paris.** (Schluß.) Rente 89,05. Anleihe 106,85. Italiener 94,62. Staatsbahn 463,75. Lombarden 278,75. do. Prioritäten —. Spanier 73,14. Egypter 487,18. Ottomanen 559,00. Escompte 613,75. Ruhig.

**Paris.** Produkten (Schluß.) Weizen per April 25,40, per Sept.-Decbr. 23,75. ruhig. Spiritus per April 36,00, per September-December 38,00, ruhig. Rüböl per April 72,50, per September-December 69,75, fest.

**Amsterdam.** Produkten (Schluß). Weizen per Mai 204, per Novbr. 198. Roggen per Mai 139, per October 129.

**London** (Produkten-Bericht). Getreide allgemein ruhig, stetig. Mais träge, Hafer fester, Käufer zögernd. — Wetter: Schön.

## Oertliches und Sächsisches.

— Es wurden ernannt: Amtsgerichtsrath Richard Hager in Auerbach zum Landgerichtsrath in Freiberg, Landgerichtsrath Hermann Kautzsch in Zwickau zum Amtsrichter in Eibenstock, Amtsrichter Dr. Adolf Kuhn in Döhlen zum Landgerichtsrath in Dresden, Amtsrichter Albert Bursian in Pirna zum Landgerichtsrath in Leipzig, Assessor Clemens Dautenhahn in Zwickau zum Landrichter in Zwickau, Assessor Gustav Kramer in Plauen zum Amtsrichter in Döbeln und Assessor Dr. Leopold Schaarschmidt in Burgstädt zum Amtsrichter in Döhlen, auch wurde die Versetzung des Amtsrichters Dr. Richard Heintze in Döbeln an das Amtsgericht Auerbach genehmigt.

— Dem Oberamtsrichter August Richard Rohr in Chemnitz wurde die nachgesuchte Versetzung in den Ruhestand mit der gesetzlichen Pension unter Belassung seines Titels und Ranges bewilligt.

— Außer den schon erwähnten Vorlesungen, welche die Prinzen Johann Georg und Max, Königl. Hoheiten, in Leipzig hören, ist von ersterem noch kürzlich belegt worden die Vorlesung des Geh. Hofrath Prof. Dr. Brentano: „Ueber die Nationalökonomie als Wissenschaft", von letzterem dagegen die Vorlesung des Regierungsrathes Dr. Höye: „Ueber das Recht der Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Altersversicherung der Arbeiter."

— Se. Durchlaucht Fürst Heinrich XIV. von Reuß j. L. besuchte gestern Vormittag die Thamm'sche Kunstausstellung in der Struvestraße.

— Ihre Hoheit die Frau Herzogin von Schleswig-Holstein wohnte gestern Nachmittag von Neuem in Begleitung ihrer Hofdame, Fräulein von Roedern, den interessanten Vorführungen der Beduinen-Karawane im Zoologischen Garten bei. Die fremde Völkerschaft begiebt sich heute früh nach Chemnitz.

— Der bisherige Inhaber der Militärvorbereitungsanstalt, Premierleutnant a. D. Herm. Preusker ist zum Hauptmann befördert worden. Derselbe hatte vor Kurzem seine Anstalt, aus welcher im Laufe von 27 Jahren gegen 600 junge Männer als Offiziere (namentlich in das kgl. sächs. Armeekorps) hervorgegangen sind, an den Hauptmann v. Behain-Schwarzbach abgetreten.

— Obwohl es an gegentheiligen Besorgnissen nicht fehlt, so geht doch die überwiegende Meinung dahin, daß der heutige Tag ohne Friedensstörung vorübergehen wird. Unter allen Umständen wäre es verkehrt, wollte sich das Publikum etwa Befürchtungen von der Art hingeben, wie sie aus Oesterreich berichtet werden. Das Publikum weiß, daß die Obrigkeit alle durch die außergewöhnlichen Zeiten gebotenen Maßregeln ergriffen hat, um etwaige Ruhestörungen unter allen Umständen im Keime zu ersticken; es wird jedoch allseitig gehofft, daß es nicht dazu erst zu kommen braucht. Aus einer großen Anzahl der namhaftesten Fabriken hören wir, daß alle ihre Arbeiter heute genau so arbeiten werden, wie bisher; auch die Bauten werden nicht stillstehen, wenn schon einige Steinträger feiern sollten; aus den Werkstätten dürften nur wenige Gehilfen wegbleiben. Daß die Verkehrsanstalten ruhig ihren Betrieb fortsetzen, ist allgemein bekannt. Man berichtet uns, daß gestern Abgesandte von Fachvereinen, mit weißen Binden am Arme kenntlich, Bäckereien, Cigarrenfabriken und Schuhmacherwerkstätten aufgesucht haben, um die Gehilfen und Arbeiter aufzufordern, heute ruhig die Arbeit fortzusetzen, außer wenn ihnen seitens der Fabrikdirektoren und Meister zur Theilnahme an den Ausflügen Urlaub gegeben würde. Sonach lassen sich die meisten Umstände so an, daß es hier nicht zu Massenkundgebungen in solchem Umfange kommen wird, als von gewisser Seite gewünscht wird. Daß es aber nicht zu Konflikten kommt, hängt einzig von dem Verhalten Derer ab, die trotz aller Abmahnungen ihrer eigenen Abgeordneten sich an Straßenkundgebungen betheiligen. Wir hoffen aber bis zum Beweise des Gegentheils, daß der 1. Mai nicht Ereignisse bringt, mit welchen sich später die Gerichtshöfe zu beschäftigen haben. Dem Publikum geben wir den Rath, nicht aus Neugier die etwaigen Ansammlungen zu vergrößern; Eltern mögen ihre Kinder, Lehrherren ihre Lehrlinge hiervon ernstlich abhalten. Es gehört z. B. zu den vielen Unbegreiflichkeiten Oesterreichs, daß in Wien der 1. Mai als Schulferientag erklärt wurde, „um die Besorgnisse der Eltern zu zerstreuen". (!) Maßregeln solcher Art sind nur geeignet, den Uebermuth gewisser Kreise zu steigern. Darum nochmals: keine übertriebenen Besorgnisse! Jedermann wahre Gesetz und Ordnung — weiß doch auch Jedermann, daß die Obrigkeit die Machtmittel bereit hält, die Erhaltung des Friedens und der Ordnung nachdrücklich zu sichern!

— Die vom letzten Landtage gefaßten Beschlüsse behufs Herbeiführung einer Erleichterung der Schullasten für die Gemeinden wie auch für die Eltern schulpflichtiger Kinder gelangen nunmehr, und zwar mit rückwirkender Kraft vom 1. April ab, für die Stadt Dresden zur Durchführung. Die Art der Ausführung dieser Beschlüsse seitens des Rathes wird gewiß allseitige Befriedigung hervorrufen. Wie erinnerlich, bestimmt das Finanzgesetz auf die Jahre 1890 und 1891, daß in jedem der beiden Jahre der Finanzperiode den Schulgemeinden Beihilfen zu dem Diensteinkommen der Lehrer und der Lehrerinnen an den einfachen Volksschulen, sowie an den mittleren Volksschulen, dafern am Orte eine einfache Volksschule nicht besteht, zu gewähren sind, und zwar in Höhe von 300 Mk. für jede ständige Lehrerstelle, einschließlich der Direktorstellen, und von 150 Mk. für jede Hilfslehrerstelle. Die Bewilligung der Staatsbeihilfe wird jedoch von der Bedingung abhängig gemacht, daß das jährliche Schulgeld für jedes schulpflichtige Kind in den erwähnten Schulen den Durchschnittssatz von 5 Mk. jährlich nicht übersteigt. Eine andere Bedingung betreffs der Lehrergehalte ist in Dresden bereits erfüllt. Der ersten Bedingung aber entsprechen die zur Zeit hier bestehenden Festsetzungen nicht. Da es in der Schulgemeinde Dresden einfache Volksschulen im Sinne des Schulgesetzes nicht giebt, so kommen hier die Bezirksschulen als mittlere Volksschulen in Betracht. Bei diesen beträgt das Schulgeld wöchentlich 20 Pfg. in den vier unteren Klassen und 30 Pfg. in den vier oberen Klassen, mithin jährlich 10 Mk. 40 Pfg. und 15 Mk. 60 Pfg. oder im Durchschnitt 13 Mk. Zieht man hiervon den auf Freistellen entfallenden Betrag von 20 Proz. der Solleinnahme ab, so ergiebt sich thatsächlich ein Durchschnittssatz von 10 Mk. 40 Pfg. Um die zu gewährende Staatsbeihilfe in Anspruch nehmen zu können, hat das Schulamt im Anschlusse an die von ihm bereits im vorigen Jahre gegebene Anregung, den ärmeren Bevölkerungsklassen eine Erleichterung hinsichtlich der sie persönlich treffenden Schullasten zu gewähren, eine Ermäßigung der jetzt geltenden Schulgeldsätze empfohlen und zwar, da unter dem im Finanzgesetze erwähnten Durchschnittssatze von 5 Mk. jährlich der Betrag zu verstehen ist, welcher von dem Gesammtbetrage der jährlichen baaren Schulgeldeinnahme im Durchschnitt auf ein Kind entfällt, in der Weise, daß das Schulgeld für alle Klassenstufen auf jährlich 7 Mk. 20 Pfg. für ein Kind festgesetzt wird, daß der bisher für Freistellen verwandte Theil der Schulgeld-Solleinnahme in Höhe von 20 Proz. auch fernerhin hierfür verwendet wird, und daß jeder Erziehungspflichtige, von welchem mehr als zwei Kinder gleichzeitig hiesige städtische Bezirksschulen besuchen, so lange dies der Fall ist, das Schulgeld nur für zwei Kinder zu bezahlen hat. Der Ausfall, der durch die letztere Bestimmung an der Solleinnahme entsteht, beträgt 13 Prozent. Zieht man diesen sowie den für die Freistellen zu verwendenden Betrag von der Solleinnahme ab, so verbleibt noch eine Baareinnahme von 67 Prozent, d. i. bei dem Schulgeldsatze von jährlich 7 Mk. 20 Pfg. für ein Bezirksschulkind eine solche von 4 Mk. 82 Pfg. Es wird somit bei derartiger Festsetzung des Schulgeldsatzes der gesetzlichen Bedingung genügt. Der Schulausschuß ist diesen Vorschlägen beigetreten und hat zur weiteren Ausführung derselben u. A. noch empfohlen, das Schulgeld nach halbmonatlichen Beträgen zu 30 Pfennig zu berechnen und im Voraus zu erheben, auch die Schulgeldermäßigung bereits vom 1. April 1890 ab in Wirksamkeit treten zu lassen, dergestalt, daß zwar bis zur endgültigen Genehmigung der darauf bezüglichen Bestimmungen das Schulgeld nach den bisherigen Sätzen erhoben, dann aber denjenigen Erziehungspflichtigen, welche auf die Zeit nach dem 30. März 1890 an Bezirksschulgeld ein Mehreres, als wozu sie nach den neuen Bestimmungen verpflichtet gewesen wären, bereits gezahlt haben, der Mehrbetrag auf das weiterhin zu entrichtende Schulgeld angerechnet wird. Der Stadtrath hat diese Vorschläge allenthalben genehmigt.

— Aus den Jahresberichten der sächsischen Gewerbe-Inspektoren ist ersichtlich, daß fast in allen Landestheilen während des Jahres 1889 ein erfreulicher Aufschwung des Geschäftes stattgefunden hat, welcher u. a. auch eine Zunahme der Arbeiterzahl und Verbesserung der Löhne zur Folge hatte. Der Dresdner Gewerbe-Inspektor berichtet: „Der Geschäftsgang war im vergangenen Jahre in den meisten gewerblichen Anlagen ein sehr befriedigender. Fast in keinem Betriebe fehlte es an lohnender Beschäftigung für tüchtige Arbeiter, und es ist mehrfach ein Zuzug

Hotel „Bairischer Hof", An der Frauenkirche 5, früher Wilsdrufferstrasse.